

**Interpellation SP-Fraktion:
«Zukunft der Steuerprivilegien für Spezialgesellschaften**

Die EU macht Druck, damit die kantonalen Steuerregimes für Verwaltungsgesellschaften und Holdings aufgegeben werden. Die schweizerische Dumpingstrategie – die Gewinne dieser Spezialgesellschaften werden praktisch nicht besteuert – wird fallen. Anstatt das Dumpingmodell zu streichen, bringen insbesondere die Wirtschaftsverbände Modelle ins Spiel, die die Unternehmensbesteuerung massiv reduzieren würden. So fordert Economiesuisse den Gesamtsteuersatz (Bund und Kantone) für alle Unternehmen auf 12 bis 13 Prozent zu senken. Dies hätte Ertragsausfälle von mehreren Milliarden zur Folge. Die Unternehmen würden sich damit auch in den Wirtschaftskantonen aus der Finanzierung der Standortfaktoren wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Verkehrserschliessung nahezu vollständig verabschieden. Für die Haushalte der grösseren Kantone hätte ein solches Modell erhebliche finanzpolitische Konsequenzen. So auch für den Kanton St.Gallen, dessen Steuerbelastung (Bund und Kanton) bei knapp 20 Prozent liegt.

Die von der Wirtschaftslobby geforderten Steuersenkungen für Unternehmen hätten auch Auswirkungen auf die Berechnung der Leistungen aus der NFA. Gerade die Geberkantone Zürich, Genf, Basel-Stadt wären bei der Umsetzung dieser Forderungen besonders von Ertragsausfällen betroffen. Der Kanton St.Gallen, der über 400 Millionen Franken aus dem NFA-Topf erhält, könnte wahrscheinlich nur noch mit weit geringeren Zahlungen rechnen.

Derzeit laufen die Diskussionen auf politischer Ebene und der Ebene der Lobbyisten, aber auch unter den Kantonen. Auch für die letztlich von den Einnahmeausfällen betroffene Bevölkerung braucht es bereits heute Transparenz zur Stellungnahme der Kantonsregierung zu diesen Forderungen der Wirtschaftslobby.

Wir danken der Regierung für die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung den Stand der Diskussionen um die Aufhebung der Steuerprivilegien für Verwaltungsgesellschaften und Holdings und die Aussichten der Verhandlungen mit der EU?
2. Wie ist die Regierung oder das zuständige Departement in die laufenden Diskussionen um mögliche Lösungen mit der EU sowie den Forderungen der Wirtschaftslobby eingebunden?
3. Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der Forderungen der Wirtschaftslobby auf die Erträge der Steuern juristischer Personen im Kanton St.Gallen?
4. Welche Auswirkungen auf die Ausgleichszahlungen aus der NFA (Ausgestaltung der verschiedenen Ausgleichsbereiche, Zahlungen für den Kanton St.Gallen) wären absehbar?
5. Wie stellt sich die Regierung zu den Forderungen der Wirtschaftslobby nach erneuten massiven Steuersenkungen?»

15. Februar 2011

SP-Fraktion